

# Gefechtsbereite Forscher im Stammzellstreit

Auf einer groß angekündigten Internationalen Konferenz zu Reproduktionsmedizin und Stammzellforschung in Berlin düpierte Robert Edwards, Pionier der künstlichen Befruchtung, seine deutsche Kollegen. Auch sonst war die Konferenz, die trotz einer Absage des Bundespräsidenten bis zum Schluss mit diesem warb, ein wahrer Augenöffner. Ein Kongressbericht.

Von Christian Poplutz

**E**igentlich könnte man Mitleid haben mit Hans-Rudolf Tinneberg und Edgar Dahl. Da haben Präsident und Pressesprecher der Deutschen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin (DGRM) keine Kosten und Mühen gescheut und eine internationale Konferenz organisiert, um laut DGRM-Pressmitteilung vom 29. Oktober »die öffentliche Diskussion über die moralischen und rechtlichen Probleme der Stammzellforschung zu fördern« (die Pressemitteilung unter dem Titel »Reproduktionsmediziner für Liberalisierung des Stammzellgesetzes« verrät indes, dass damit die Streichung des Stichtags im Stammzellgesetz gemeint ist), und nun sitzen sie in einem Nebenraum der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlins guter Stube am Gendarmenmarkt vor nur einer Handvoll von Pressevertretern – darunter kein Fotograf, kein einziger Vertreter auch nur einer der großen überregionalen deutschen Zeitungen, Magazine oder Rundfunkanstalten und erst recht kein Vertreter der Auslandspresse. Und das, obwohl die einladenden Reproduktionsmediziner mit Robert Edwards aus Cambridge, der 1978 der Weltöffent-

**»Wir bewegen uns weg von embryonalen Stammzellen.«**

lichkeit das erste »Retorten-Baby« Louise Brown präsentiert hatte, ein echtes Schwergewicht ihrer Zunft aufgeboten hatten.

Doch nicht genug mit dem sehr überschaubaren Medieninteresse an der »3rd International Conference on Science and Ethics of Assisted Human Reproduction

and Stem Cell Research« (»Dritte Internationale Konferenz über Naturwissenschaft und Ethik von Assistierter Fortpflanzung und Stammzellforschung«), deren erste Ausgabe 2004 in London immerhin einigen Wirbel ausgelöst hatte –

**»Schon 35 genetische Defekte geheilt.«**

zu allem Überflus redet der berühmte Stargast auch noch so ganz anders, als es seine Gastgeber es vermutlich gerne gehabt hätten: Edwards teilt frank und frei mit, was er von der therapeutischen Nutzung embryonaler Stammzellen hält – nämlich nichts. Hatte Pressesprecher Dahl zuvor noch davon geschwärmt, wie gut sich der Pionier der künstlichen Befruchtung auf dem Podium direkt neben dem gleichfalls als Redner eingeladenen Priester und Bioethiker Maurizio Calipari von der Päpstlichen Akademie für das Leben (von Dahl fälschlich als deren Präsident angekündigt) machen sollte, verging ihm und Tinneberg zusehends das Lachen ob Edwards' vernichtendem Urteil über die verbrauchende Embryonenforschung.

Edwards betonte wiederholt, bisher seien humane embryonale Stammzellen (hES) noch nie auf ihren therapeutischen Wert getestet worden; auch müsse man sehr vorsichtig sein, denn man wisse nie, was bei der Injektion von hES in den Körper geschehe. Es gebe weltweit keinen einzigen Therapieansatz mit ihnen – und im übrigen glaube er, dass sich dieses Thema bald erledigt haben würde. »Wir bewegen uns weg von den embryonalen

Stammzellen«, so Edwards: Schließlich seien die adulten Stammzellen des Nabelschnurbluts »sehr gut«, mit denen »schon 35 genetische Defekte geheilt« worden seien. Auch die auf dem Kongress von Paolo de Coppi (Padua) vorgestellten pluripotenten Stammzellen aus dem Fruchtwasser seien sehr interessant. Es sei »wichtig, dass alle derzeit zur Therapie am Menschen benutzten Stammzellen nicht von Embryonen stammten«, unterstrich Edwards. Dem pflichtete Mitveranstalter Giuseppe Benagiano (Rom, Universität »La Sapienza«) bei: Alle erfolgreichen Ergebnisse kämen von der Nutzung adulter Stammzellen. Edwards nannte, in Übereinstimmung mit Calipari, den Import von Stammzell-Linien nach dem deutschen Stammzellgesetz als an-

**»Meine erste Priorität gelte dem Nabelschnurblut.«**

geblichen ethischen Ausweg »absurd«. Auf die Frage hin, ob die Forderungen nach Freigabe der verbrauchenden Embryonenforschung wegen Therapieerwartungen dann nicht darauf hinausliefen, dass Deutschland einem Zug hinterherlaufen solle, der den Bahnhof schon verlassen habe, konnte Edwards nur kurz »exakt« erwidern, bevor ihm Tinneberg das Wort abschnitt und wortreich darauf verwies, dass hES zwar keine besseren Resultate lieferten als adulte Stammzellen, aber dafür viel leichter für die Forschung zu verwenden seien, und darum gehe es ihm: Es sei einfach leichter, mit embryonalen Stammzellen Informationen zu erlangen. Edwards hingegen stellte eine

ganz andere Forschungsagenda auf: »Wenn ich noch forschen würde und noch Studenten hätte, gälte meine erste Priorität dem Nabelschnurblut, dann den anderen adulten Stammzellen, und schließlich – was ich überhaupt für das beste hielt – den Selbstregenerationsmechanismen, die wir etwa beim Salamander beobachten. Embryonale Stammzellen würde ich höchstens einfrieren, um sie später einmal zu verwenden.«

Als Edwards sein Urteil über die fehlenden Therapiemöglichkeiten mit embryonalen Stammzellen auch im Plenum wiederholte und mehrfach in die Runde fragte: »Oder kennt hier jemand solche Therapien – ich kenne keine einzige?!« und daraufhin mangels einer Antwort des Auditoriums konstatierte, hier gebe es »eine Menge heiße Luft«, platzte dem Göttinger Humangenetiker Wolfgang Engel der Kragen: Zwar hätten humane

---

## Teilnahme des Bundespräsidenten »nie in Aussicht gestellt«.

---

embryonale Stammzellen in der Tat noch keine Krankheiten geheilt, doch »this is science« – hier gehe es also nur um die Wissenschaft.

Doch es ging nicht nur um die Wissenschaft, sondern vielmehr um Politik: Die Reproduktionsmediziner Eberhard Nieschlag (Münster) und Ricardo Felberbaum (Kempten) forderten ein »modernes« Fortpflanzungsmedizinergesetz anstelle des Embryonenschutzgesetzes, Felberbaum außerdem eine Behörde nach dem Vorbild der britischen HFEA. Um die geltende Rechtslage zu verändern und vor allem die von allen Rednern, einschließlich Edwards, befürwortete Zulassung der Präimplantationsdiagnostik zu erreichen, empfahlen einige Redner, darunter Felberbaum, sogar einen gezielten Rechtsbruch nach dem Vorbild der »Stern«-Kampagne »Wir haben abgetrieben« aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Dies könne auf dem Umweg einer Verfassungsbeschwerde des dann belangten Arztes zu einer Gesetzesänderung führen. Allerdings wurde dies unter den Teilnehmern sehr kontrovers diskutiert, wobei Reinhard Merkel diesem Weg – im Gegensatz zu einer politischen Änderung des »Fetischs« Embryonenschutzgesetz – eine gewisse Erfolgsaussicht beschied.

Wie gesagt: Eigentlich müsste man Mitleid mit den Gastgebern des Kongress-

ses haben – zumal auch die Plenumsveranstaltungen der zweitägigen Konferenz mit maximal fünfzig Teilnehmern, hierin die 27 Referenten bereits eingerechnet, sehr übersichtlich ausfallen. Doch das Mitleid hält sich in Grenzen, wenn man ein wenig näher hinschaut:

Zunächst einmal wirft die beispiellose Art und Weise, wie die Kongressveranstalter Bundespräsident Horst Köhler für ihr spezielles politisches Anliegen einzuspannen trachteten, Fragen nach dem Umgang mit dem Staatsoberhaupt auf. So hatten die Organisatoren bis zuletzt mit einem Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler für den Kongress geworben, das seitens des Bundespräsidialamtes je-

Internet-Version des Kongress-Programms ebenfalls als Rednerin angekündigt, hatten sich Tinneberg und Dahl einen Korb geholt.

So »sprang« dann Ulrike Flach (FDP) bereitwillig ein und warb für eine weitgehende Freigabe der Embryonenforschung in Deutschland – ganz im Sinne ihres zusammen mit Thomas Oppermann (SPD) und Katherina Reiche (CDU) erarbeiteten, aber bisher noch nicht öffentlich vorgestellten Gesetzentwurfes, der die Abschaffung der Stichtagsregelung zum Ziel hat. Ihre Werbung in eigener Sache (»Wir Liberale haben ein besonderes Verhältnis zur Stammzellforschung«) passte so gar nicht zu dem Anspruch einer

WWW.ULRIKE-FLACH.DE



Will nicht nur das Stammzell- sondern auch das Embryonenschutzgesetz liberalisieren: Ulrike Flach (FDP).

doch nie in Aussicht gestellt worden war. In ungewöhnlich scharfer Form rügte denn auch das Präsidialamt die Organisatoren des Kongresses und fordert eine Entschuldigung. Bis zuletzt hatte die »Deutsche Gesellschaft für Reproduktionsmedizin« Köhler als Gastredner angekündigt. In einem Schreiben, äußert das Präsidialamt darüber größtes Befremden und sprach von »beispiellosem Vorgehen«. Dadurch sei eine Unterstützung des Kongresses durch den Bundespräsidenten suggeriert worden. Eine Teilnahme habe man jedoch »nie in Aussicht gestellt«.

Noch während des Kongresses lagen Programme aus, die zum Auftakt den Bundespräsidenten als Redner auswiesen. Tatsächlich wandte sich jedoch die FDP-Forschungspolitikern Ulrike Flach an die Teilnehmer der Veranstaltung. Nebenbei: Auch von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), in einer anderen

interdisziplinär und plural auftretenden internationalen Wissenschaftler-Konferenz – ebenso wenig übrigens der Umstand, dass die in London ausgebildete Diplom-Übersetzerin Flach als einzige

---

## »Erster Schritt zu Novellierung des Embryonenschutzgesetzes.«

---

Rednerin auf dem ansonsten englischsprachigen Kongress ihr Grußwort auf deutsch (ohne Übersetzung) vortrug. Flachs Begründung: »Bei diesem schwierigen Thema bleibt man besser in seiner Sprache. Das hilft auch auf der politischen Ebene.« In der Tat sprach sie Klartext: Die Zulassung des Imports neuerer Stammzell-Linien, so Flach, »ist für uns Liberale der erste Schritt hin zu einer

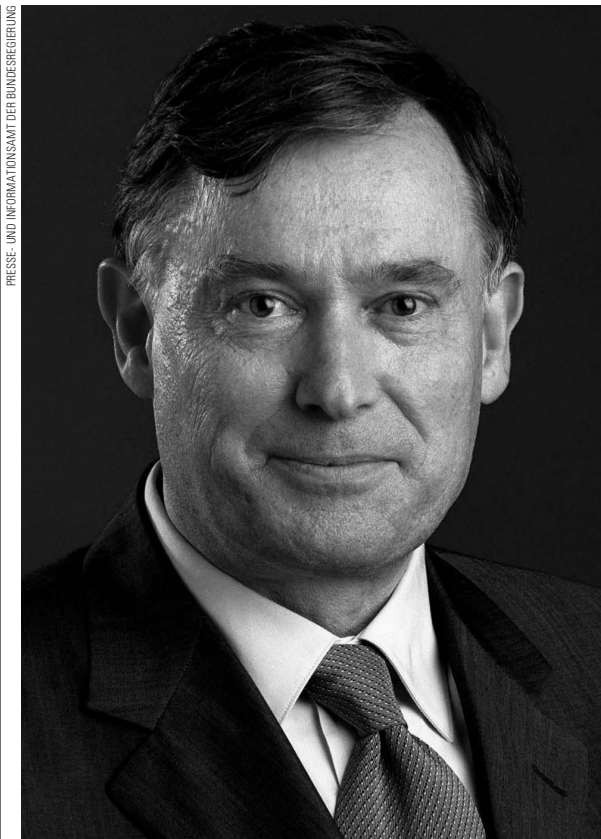
Novellierung des Embryonenschutzgesetzes – wer das eine in die Hand nimmt, muss wissen, dass er auch auf dem anderen Gebiet weitere Fortschritte machen muss«.

Frau Flach befand sich mit ihrer Methode, um der Aufmerksamkeit für ihre Ziele willen Tabus zu brechen, in guter Gesellschaft: Kongresspräsident Tinneberg hatte vor wenigen Monaten in einer von ihm herausgegebenen Fachzeitschrift dem umstrittenen Zellbiologen Karl Ill-

»Schuld ist allein die katholische Kirche.«

mensee die Publikation eines Artikels über das Klonen von Menschen ermöglicht. Der Presse gegenüber räumte Tinneberg damals ein, Illmensees Beitrag sei eine zielgerichtete Veröffentlichung gewesen, »um eine inhaltliche Diskussion anzuregen und eine klare Stellungnahme aus der Politik zu erhalten«. A propos Tabu: Selbst der »Humanistische Pressedienst« bewarb die Konferenz im Vorfeld – nicht ohne in seiner Pressemeldung darauf hinzuweisen, dass Pressesprecher Dahl sich als Herausgeber des religionskritischen Bandes »Lehre des Unheils« betätigt habe und dass die Berliner Konferenz sich auch mit der Eugenik, der Schaffung eines neuen Fortpflanzungsmedizingesetzes und der Rolle der Religion in der Gesetzgebung säkularer Staaten befassen werde. Kein Wunder: Nicht nur von einigen Rednern, sondern auch von manchen Teilnehmern am Rande des Kongresses war zu hören, einzig die katholische Kirche sei schuld an der derzeitigen Situation, denn sie setze Abgeordnete unter Druck und beeinflusse so die Rechtslage in Deutschland beim Embryonenschutz und bei der Stammzellforschung. Wenn der Einfluss der Kirche tatsächlich so groß wäre, gäbe es indessen weder die geltende Beratungsregelung beim Abtreibungsstrafrecht noch die Importgenehmigungen im Stammzellgesetz – ja sogar die Zulassung der künstlichen Befruchtung an sich wäre in Frage gestellt, nähme man die Lehre der Kirche zum Maßstab. Damit ist diesen Parolen schon auf den ersten Blick der Boden entzogen.

Schließlich wäre es noch interessant, einmal der Frage nachzugehen, warum ausgerechnet die Fachgesellschaften der Reproduktionsmediziner und der Gynäkologen und Geburtshelfer (!), die ja gerade die Geburt von Kindern zum Ziel



Bundespräsident Köhler wurde trotz früher Absage als Redner geführt.

haben, sich auf einer DFG-geförderten Tagung derart engagiert für die verbrauchende Embryonenforschung ins Zeug legen. Dies umso mehr, als ihre eigenen Patientinnen das selbst dann gar nicht zu schätzen scheinen, wenn sie für die Positionen der Kirche keinerlei Verständnis haben, wie beispielsweise eine Kongress-Teilnehmerin, die auf einer Internetseite

Respekt vor dem Glauben anderer Menschen gefordert.

für Patienten mit unerfülltem Kinderwunsch eine sehr ausführliche Mitschrift veröffentlicht und zum Schluss resignierend feststellt, dass »es nämlich überhaupt nicht ›in‹ ist, sich für die Rechte von ungewollt Kinderlosen einzusetzen. Keiner will das hören. Das Stammzellgesetz ist jetzt eben auf der Tagesordnung und da hat das gar keinen Zweck, mit so einem Entwurf (gemeint ist hier die Zulassung der Eizellspende) herauszurücken«.

Mitleid haben muss man also nicht mit den DGRM-Funktionären, deren Versuch als gescheitert angesehen werden kann, mit Hilfe des prominenten Gastes Robert Edwards (Tinneberg: »Aus dem Ausland kann man die deutsche Situation

unbefangen kommentieren«) zum vereinten Sturmangriff auf Stammzell- und Embryonenschutzgesetz zu blasen. Bemerkenswert ist aber, wie offensichtlich politisch selbst die Verleihung eines Ehrentellers der DGRM an Edwards für sein Lebenswerk motiviert war: Immerhin bekam der so Geehrte Gelegenheit, seine eigenen Vorstellungen über die Entwicklung der Stammzellforschung (»Vergesst den ethischen Streit über die Nutzung menschlicher Embryonen!«) und der regenerativen Medizin seinem davon nicht sehr begeisterten Publikum zu präsentieren.

Erhellend auch der letzte Beitrag vor Edwards' Rede: Edgar Dahl arbeitete sich an der Religion, näherhin der katholischen Kirche, in bemerkenswerter Oberflächlichkeit ab, verlangte eine Trennung von Ethik und Religion und verknüpfte

dies mit Polemik à la Richard Dawkins, die selbst einigen Anwesenden zu weit ging: So forderte Wolfgang van den Daele unter Verweis auf die Beratungen im »Nationalen Ethikrat« Respekt vor dem Glauben anderer Menschen ein. Dahl erwiderte, Vertreter der Religion sollten überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, er wolle nicht mit der Bibel geschlagen (»bible-bashed«) werden – und provozierte weiteren heftigen Widerspruch selbst der entschieden säkular denkenden Forscher im Saal. So stand am Ende die Gewissheit, dass auch das Wort der Forscher in einer pluralistischen Gesellschaft nicht mehr Gewicht haben darf als die Beiträge anderer Teilnehmer am öffentlichen Diskurs.

IM PORTRAIT

Christian Poplutz

Assessor iur. Christian Poplutz ist Bioethik-Beauftragter der Christdemokraten



für das Leben (CDL) und begleitet die bioethische Debatte in Deutschland und Europa wissenschaftlich und publizistisch.